



Freie Wähler Landesverband Bayern  
Landesdelegiertenversammlung am 20.3.2004 in Weiden

FREIE WÄHLER  
Bayern e.V.

## **Resolution der Freien Wähler zur Entlastung der Kommunen bei den Kosten zur Eingliederungshilfe und der Betreuung von Spätaussiedlern und Kontingentflüchtlingen**

Die bayerischen Bezirke werden durch immer mehr Pflichtaufgaben finanziell stranguliert. Grund dafür ist, dass sie als finanzielle Lastesel für Aufgaben missbraucht werden, die von der Gesamtgesellschaft zu tragen sind.

Dies sind insbesondere:

### **Die Finanzierung der Behindertenarbeit („Eingliederungshilfe“)**

- 1990 bezahlten die Bezirke für die Behindertenarbeit (Eingliederungshilfe) 480 Millionen Euro
- 2003 waren es 1,5 Milliarden Euro bei einem Gesamtetat von 2,5 Milliarden Euro
- **Das ist mehr als eine Verdreifachung der Kosten innerhalb von 13 Jahren**
- **Inzwischen beträgt die Eingliederungshilfe mehr als 60% der Gesamtausgaben der Bezirke**

### **Die Kosten für die soziale Betreuung von Spätaussiedlern und Kontingentflüchtlingen**

Diese Ausgaben betragen in einzelnen Bezirken schon bis zu 2 Punkten der Bezirksumlage, die ausschließlich von den Kommunen, d.h. den Städten, Landkreisen und Gemeinden, zu tragen ist.

### **Forderung:**

Die Freien Wähler fordern Freistaat und Bund auf, schnellst möglich ihren Verpflichtungen nachzukommen und die Kommunen von Aufgaben und Zahlungen, die nicht in ihren originären Verantwortungsbereich fallen, zu entlasten. Insbesondere die Eingliederungshilfe für Behinderte, die einen wichtigen und unverzichtbaren gesellschaftspolitischen Fortschritt darstellt, darf nicht einseitig den Kommunen aufgebürdet werden. Die Betreuung von Spätaussiedlern und Kontingentflüchtlingen muss vom Freistaat übernommen werden. Die Landkreise, Städte und Gemeinden dürfen nicht als Lückenbüßer für Strukturfehler in der Sozialgesetzgebung sowie der finanziellen Misswirtschaft durch Bund und Länder dienen.

Nur so können die Städte, Landkreise und Gemeinden auch in Zukunft ihre umfassenden Aufgaben zur Daseinsvorsorge für ihre Bürger erfüllen. Der Griff in die Taschen der Kommunen durch Freistaat und Bund muss ein Ende haben.

Die Freien Wähler weisen darauf hin, dass jetzt schon mehr als 90 Prozent aller finanziellen Leistungen der Bezirke durch staatlich verordnete Pflichtaufgaben im Sozialbereich verursacht sind. Die Kosten für Eingliederungshilfe, Spätaussiedler und Kontingentflüchtlingen betragen schon jetzt weit mehr als die Hälfte dieser Ausgaben mit stetig steigender Tendenz. Der finanzielle Handlungsspielraum der Bezirke beträgt damit weniger als 10 Prozent und wird in kürzester Zeit bei Null liegen. Unter diesen Umständen macht die Existenz der Bezirke keinen Sinn.